

# PLENUM AKTUELL

18. – 20. Mai 2010

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Heftige Kritik an Kürzungen im Bildungsbereich

### CDU/FDP:

Die Hessische Landesregierung und insbesondere der Ministerpräsident rufen dazu auf, im Bereich der Bildung zu sparen.

Das gilt für das Kultusministerium genauso wie für das Wissenschaftsministerium. Hier soll allein im Bereich der Hochschulen eine ca. 30-Millionen-€-Streichung erfolgen.

Dass Bildung das wichtigste Zukunftsthema ist, weil nur gut ausgebildete Menschen in der Lage sind, diesen Staat als Steuerzahler auch künftig zu erhalten, bleibt bei der CDU/FDP-Landesregierung offensichtlich in „Sonntagsreden“ stecken.

CDU und FDP haben Steuergeschenken, u. a. an Hoteliers und Erben, zugestimmt und damit dem Staat Millionen Euro Einnahmeverluste beschert. Diese wollen sie jetzt im Bereich der Bildung wieder einsparen.

### SPD:

Die SPD hält das Sparprogramm der Landesregierung bei der Bildung für unverantwortlich. Für uns ist Bildung das Zukunftsthema Nr. 1, und wir wollen weiter in die Bildung unserer Kinder investieren. Dazu gehört es auch, die Qualität von Lehre und Forschung zu verbessern und mehr statt weniger Studienplätze zu schaffen.

Mehr Studienplätze sind zwingend notwendig, da durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit (G 8) in den nächsten Jahren doppelte Abiturjahrgänge an den Unis aufgefangen werden müssen.

Diese Auswirkungen sind ein weiterer Beleg für die Berechtigung unserer Kritik an G 8, da an den Hochschulen keinerlei Vorsorge für die Doppeljahrgänge getroffen wurde.

Die SPD fordert, dass alle Studierwilligen auch die Möglichkeit zur Aufnahme eines Studiums erhalten. Die Abiturienten tragen keine Schuld an der doppelten Abiturienten- und damit Studierendenzahl in den nächsten Jahren. Sie müssen die Chance haben, auch einen Studienplatz zu erlangen.

Daher hat die SPD-Landtagsfraktion ein Modell vorgelegt, mit dem an den hessischen Fachhochschulen und Universitäten rund 22.000 Studienplätze zusätzlich geschaffen werden können.

## Große Dienstrechtsreform lässt auf sich warten

### CDU/FDP:

Seit Jahren kündigt der Innenminister eine Dienstrechtsreform für die Beamtinnen und Beamten an. Er hat dazu bereits im Jahr 2008 eine Mediatoren-Gruppe ins Leben gerufen, um einen möglichst breiten Konsens zu erhalten.

Ein jetzt durch die Regierungsparteien CDU/FDP (**nicht von der Landesregierung!**) eingebrachter Gesetzentwurf greift jedoch lediglich einen einzigen Punkt heraus: Die Erhöhung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahren bzw. für besondere Personengruppen wie z.B. diejenigen Vollzugspolizeibeamten, die im Schichtdienst arbeiten, die Erhöhung von 60 auf 62 Jahre.

### SPD:

Die SPD kritisiert diese halbherzige Reform, da die Möglichkeiten, die den Ländern durch die Föderalismusreform gegeben wurden, nicht genutzt werden.

Die einzige Regelung sieht ein weiteres Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten vor. Denn der Hinweis, dass mit der schrittweisen Anhebung der Altersgrenze beim Eintritt in den Ruhestand lediglich die Angleichung an die gesetzliche Rentenversicherung erfolgt, ist nur bedingt richtig. Denn in keinem anderen Bundesland wurde die Wochenarbeitszeit für diese Berufsgruppe auf 42 Stunden erhöht.

Daher fordert die SPD bei einer Angleichung an die Rentenversicherung die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten wieder auf 40 Stunden zu reduzieren.

Darüber hinaus fehlen Aussagen zur Stärkung der

<p>Alle anderen zu regelnden Bereiche im Beamtenrecht bleiben wieder außen vor. Die Ergebnisse der Mediatoren-Gruppe vom Dezember letzten Jahres wurden nicht weiter berücksichtigt.</p>	<p>Leistungsfähigkeit, der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit wie auch Regelungen zur Besoldung nach beruflichen Erfahrungszeiten oder Wechsel vom Staat in die Privatwirtschaft. Es bleibt ein „Stückwerk“ ohne Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.</p>
--	---

**SPD fordert „Landespolizeibeauftragten“**

Wir fordern erstmals die Einrichtung eines Landespolizeibeauftragten, da die jüngsten Vorwürfe gegen einzelne Polizisten zeigen, dass die derzeitigen Instrumente zur Führungskultur offenbar versagt haben. Unser Vorschlag wurde von den Polizeigewerkschaften sehr begrüßt.

Nach unserem Gesetzentwurf soll eine Institution geschaffen werden, die es jeder Polizistin und jedem Polizisten ermöglicht, sich unabhängig vom Dienstrang direkt an eine neutrale Stelle zu wenden. Denn aufgrund besonderer hierarchischer Struktur bei der Polizei ist es oftmals schwierig für Betroffene, die sich in ihren Rechten verletzt fühlen, Hilfe zu finden. Der/die „Landespolizeibeauftragte“ soll zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Hessischen Landtags bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle tätig werden.

Dies ist in besonderem Maße erforderlich, da die Vergangenheit gezeigt hat, dass selbst der Innenminister sich nicht scheut, bewusst gegen Recht und Gesetz zu verstoßen. Das haben wir erleben müssen bei der Besetzung des Chefpostens bei der Bereitschaftspolizei mit seinem Parteifreund. Obwohl vom höchsten hessischen Gericht ein weiteres Auswahlverfahren zur Besetzung dieser Stelle gefordert wurde, wurde dies von Bouffier ignoriert. Die Folge ist nun ein Untersuchungsausschuss, in dem immer wieder deutlich wird, wie in der Polizei „durchregiert“ und Polizeibeamten ein Maulkorb verpasst wird. Kritik wird nicht geduldet, und wenn sich gar ein Polizeipräsident einmal erlaubt, auf die mangelnde Personalausstattung hinzuweisen, wird er einfach in den Ruhestand geschickt – wie im Fall des Kasseler Polizeipräsidenten. Diese Politik nach Gutsherrenart lehnen wir ab und fordern ein „offenes Ohr“ für betroffene Polizisten.

**Pannen bei Mathe-Prüfungen und kein Ende**

**CDU/FDP:**

Wiederholt scheitert diese Landesregierung bei der Vorbereitung von Mathe-Zentralprüfungen, diesmal im Realschulbereich.

Erst im letzten Jahr hat Kultusministerin Henzler eingestanden, dass gravierende Fehler beim Zentralabitur aufgetreten sind und Prüfungen wiederholt werden mussten.

Die in der letzten Woche hessenweit durchgeführten Mathematikprüfungen waren viel zu schwer und umfangreich für die Realschüler. Auf Druck hat das Kultusministerium nun entschieden, dass die Arbeiten anders bewertet werden, d.h. 90 % Leistung = 100 % Leistung.

**SPD:**

Wiederum ein peinlicher Vorgang, der zeigt, dass das Kultusministerium nicht in der Lage ist, zentrale Abschlussprüfungen sorgfältig vorzubereiten. Für die Schülerinnen und Schüler und war der Prüfungstag ein „Super-Gau“, denn sie sahen sich Aufgaben gegenübergestellt, die sie aufgrund des Schwierigkeitsgrades überhaupt nicht zu 100% lösen konnten.

Ein schnell einberufener Arbeitskreis der Gesamtschul-Schulleiter in Nordhessen hat eine Resolution mit verfasst und sich damit geweigert, die Mathearbeiten nach dem vorgegebenen Maßstab zu bewerten. Das Kultusministerium wurde zum Handeln aufgefordert.

Wie groß der Fehler selbst bei der Landesregierung eingeschätzt wurde, zeigt, dass das Ministerium umgehend einen abgeschwächten Bewertungsmaßstab herausgegeben hat.

Die SPD mahnt wiederholt an, dass bei zentralen Prüfungen eine viel sorgfältigere Vorbereitung erfolgen muss und nicht Chaos auf den Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen werden darf.